

Europäischer Ausschuss
der Regionen

Die Lage der Europäischen Union: die Perspektive der Regionen und Städte

Rede von Karl-Heinz Lambertz
Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

10. Oktober 2017
#SOTREG

Einleitung

Der Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz hielt am 10. Oktober in Brüssel erstmals eine Rede zur **“Lage der Europäischen Union: die Perspektive der Regionen und Städte”**. Im Anschluss an seine Ausführungen fand eine Debatte mit lokalen und regionalen Entscheidungsträgern aus allen Mitgliedstaaten der EU statt.

Präsident Lambertz Rede ist eine Analyse der derzeitigen Situation der Regionen und Städte in der Europäischen Union und dient als Beitrag zur Festlegung des künftigen Programms der EU. Sie gibt zudem einen Ausblick auf die Herausforderungen, die in den kommenden Jahren auf die Gebietskörperschaften zukommen.



Karl-Heinz Lambertz

Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Europa aus der Sicht seiner Gebietskörperschaften gestalten – das ist unser Credo.

Im Namen aller hier Versammelten möchte ich zunächst dem Präsidenten des Europäischen Rates ganz herzlich für seine Teilnahme an dieser ersten Betrachtung der Lage der Union aus Sicht der Städte und Regionen Europas danken.

Herr Präsident, Ihre Anwesenheit zeugt von dem Willen zur Zusammenarbeit in einem Geist des Vertrauens und der Loyalität, wie er in der Erklärung von Rom zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags beschworen wird. In einer für die Zukunft der Europäerinnen und Europäer so entscheidenden Zeit ist es unerlässlich, dass wir unsere Kräfte bündeln.

Mit Ihrem Amt verkörpern Sie Europa. Sie bekennen sich zu den Werten und Grundsätzen, die die Europäer einen: Solidarität, Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Wahrung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte und Grundsätze sind die Basis dafür, dass die Europäer frei denken, reden und leben können. Diese Werte und Grundsätze müssen von allen beachtet werden, überall in Europa.

Im vorigen Jahr haben Sie vor unserer Versammlung gesagt, dass Sie seit langem für den Regionalismus in Europa eintreten und dass Sie Danziger, Kaschube und Pole, aber auch Europäer seien. Mit diesen einfachen Worten haben Sie zum Ausdruck gebracht, dass die Berufung auf die europäische, nationale, regionale oder lokale Identität nicht bedeutet, dass man die eine zugunsten der anderen aufgibt. Ganz im Gegenteil.

Unsere Identitäten müssen den friedlichen Dialog miteinander suchen und stets auf Offenheit statt auf Abschottung bedacht sein. Auf diese Weise werden sie sich gegenseitig verstärken.

Sehr geehrter Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Warum befassen wir uns unsererseits mit der Lage der Europäischen Union? Mit dem Weißbuch zur Zukunft Europas und seiner hervorragenden Rede zur Lage der Union hat der Kommissionspräsident der notwendigen Debatte über die Zukunft unserer Union neuen Auftrieb gegeben. Es ist wichtig, dass sich ein jeder einbringt und dass jeder Beitrag berücksichtigt wird.

Im Europäischen Ausschuss der Regionen sehen wir Europa aus seinen Gebietskörperschaften heraus, an der Seite der Europäerinnen und Europäer, aus dem Blickwinkel der 350 gewählten Kommunal- und Regionalvertreter, die dem Ausschuss angehören. Das ist die Sichtweise, die wir darstellen wollen.

Wir wenden uns an Sie, Herr Präsident, und damit an die Staats- und Regierungschefs der EU mit Blick auf die Tagung des Europäischen Rates im Dezember, die der Zukunft Europas gewidmet sein wird.

Die Regionen, die Städte und die Gemeinden sind vornehmlich die Orte, an denen sich das Leben von 510 Millionen EU-Bürgern abspielt.

Sie sind die Gebietskörperschaften Europas. Sie sind ungemein vielfältig, was ihre Kultur, Geschichte, Umwelt und sozioökonomischen Bedingungen angeht. Eine Vielfalt, die es auf europäischer Ebene zu würdigen gilt, wie es zum Beispiel mit dem Europäischen Jahr des Kulturerbes geschehen wird.

Diese Gebietskörperschaften ziehen sich durch Europa. Manche erstrecken sich sogar über mehrere Länder, wie die Makroregionen Donauraum, Ostseeraum, die Region Adriatisches und Ionisches Meer und der Alpenraum, für die spezifische Strategien mit dem Ziel einer besseren Zusammenarbeit und Koordinierung entwickelt werden müssen.

Die Bürger bewegen sich in und zwischen diesen Gebietskörperschaften. Mehr als ein Drittel aller EU-Bürger wohnt und arbeitet in einer Grenzregion. Das sagt schon alles über die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und im weiteren Sinne der territorialen Zusammenarbeit, deren Beitrag zum europäischen Projekt viel größer ist als die ihr zugewiesenen Haushaltsmittel, die nur 2,6 % der Regionalpolitik ausmachen. Dabei vergesse ich auch nicht die älteren Formen der Kooperation, wie Städtepartnerschaften, die ebenfalls einen Rahmen für Begegnungen schaffen und es den Bürgern ermöglichen, Europa zu entdecken.

Durch die Herstellung solcher Verbindungen weben die Regionen auch gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Bande, die die Europäer einen.

Die Gebietskörperschaften sind sehr oft auch Innovationsinkubatoren von fundamentaler Bedeutung, denen der AdR besondere Aufmerksamkeit widmet und die auch der estnische Ratsvorsitz hervorhebt.

Die Städte und Regionen tragen viel Verantwortung. Sie sind der Rahmen, innerhalb dessen die Bürger ihren Lebensentwurf verwirklichen und Unterstützung erhalten können.

Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Europa nimmt in der Arbeit der lokalen und regionalen Mandatsträger einen immer höheren Stellenwert ein.

Sie setzen den größten Teil des EU-Rechts um.

Sie konzipieren, kofinanzieren und verwalten europäische Vorhaben mit Unterstützung

Ihrer Verwaltungen.

Je nach ihrer innerstaatlichen Ordnung wirken sie manchmal auch an der Erarbeitung der nationalen Reformprogramme sowie der Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme im Rahmen des Europäischen Semesters mit.

Sie diskutieren über Europa in ihren Versammlungen und mit ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Sie sind auch bei den europäischen Institutionen vertreten. Unser Ausschuss wird im Übrigen die

Kooperation mit den rund dreihundert Regionalbüros in Brüssel noch weiter verstärken.

Das Engagement der lokalen und regionalen Mandatsträger wird durch das Vertrauen belohnt, das ihnen die Bürgerinnen und Bürger schenken und das höher ist als jenes, das Europa und die Mitgliedstaaten genießen.

Darauf bin ich sehr stolz, denn es bedeutet, dass unsere Städte und Regionen Vertrauen erwecken in einer Union, die bisweilen von Zweifel geprägt ist.

Es ist aber auch eine große Verantwortung, denn die lokalen und regionalen Mandatsträger werden damit zu wesentlichen Akteuren der europäischen Demokratie.

Die Städte und Regionen sind Europa. Wir sind Europa.

So wie die europäische Ebene die lokale und regionale Ebene beeinflusst, so muss jetzt die lokale und regionale Ebene in vollem Umfang auf die europäische Ebene Einfluss nehmen können. Erforderlich ist ein umfassendes Miteinander, damit alle Seiten von den Vorteilen profitieren können.

Die Stimme der Städte und Regionen muss gehört werden.

Deshalb schlage ich vor, das nächste Gipfeltreffen der Städte und Regionen der Europäischen Union im ersten Quartal 2019 zu veranstalten, um den Staats- und Regierungschefs und den Spitzenvertretern der EU, die Ende März 2019 im rumänischen Sibiu tagen werden, klare und konkrete Botschaften übermitteln zu können.

Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die Zwietracht muss der Eintracht weichen.

Nach neun Krisenjahren nimmt das europäische Wachstum allmählich wieder Fahrt auf. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit neun Jahren nicht mehr. Nehmen wir dies zum Anlass, um uns noch mehr anzustrengen und Europa sowie all seine Regionen wieder auf Kurs zu bringen – denn nicht alle haben es bislang geschafft, wieder das Vorkrisenniveau zu erreichen. Es müssen Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum geschaffen werden, an dem alle Gebietskörperschaften und alle Europäer – insbesondere die jungen Menschen – teilhaben.

Wir dürfen uns aber nichts vormachen. Die jüngste Vergangenheit war von ernsten Krisen geprägt, die deutlich machen, wie sehr Europa Einigkeit und Solidarität braucht.

Ich denke dabei unter anderem an die Bewältigung der Flüchtlingskrise und des Brexits, worüber unser Ausschuss mehrfach debattiert hat.

Die Lage der Europäischen Union: die Perspektive der Regionen und Städte

Die Flüchtlingskrise steht für das Versagen eines Europas, das Gefahr läuft, seine eigenen Werte aufzugeben. Seit dem Abkommen über den Notfallplan zur Verteilung der Flüchtlinge unter den Mitgliedstaaten vom September 2015 wurden im Vergleich zur ursprünglichen Zielmarke weniger als 20 % der dafür vorgesehenen Personen umgesiedelt. Dies ist ein beklagenswerter Verstoß gegen die Solidarität, die unserer Union zugrunde liegt.

Die Städte und Regionen Europas mussten sich der Herausforderung stellen. In Catania, in Athen, auf den griechischen Inseln und auch an vielen anderen Orten und in anderen Ländern haben die lokalen und regionalen Verantwortlichen unter sehr schwierigen Bedingungen die Aufnahme Tausender Flüchtlinge organisiert. Ich beglückwünsche die Mitgliedstaaten, die sich ihrer Verantwortung gestellt haben, und würdige alle diejenigen Mandatsträger der lokalen und regionalen Ebene sowie Bürgerinnen und Bürger, die durch ihren Mut und ihre Solidarität dem europäischen Geist alle Ehre gemacht haben.

Nun zum Brexit. Für mich steht der Brexit ebenfalls für das Versagen eines Europas voller Ausnahmeregelungen. Eine Union aus Mitgliedern, die sich einem Teil ihrer Verpflichtungen entziehen, lässt sich nicht aufrechterhalten. Die Brexit-Entscheidung wird schwerwiegende Auswirkungen auf die britischen und die kontinentaleuropäischen Gebietskörperschaften haben.

Auf einer anderen Ebene droht auch die aktuelle Krise in Spanien mit den Ereignissen in Katalonien die EU zu erschüttern. Deshalb werden wir ihr gleich nach dieser Debatte über die Lage der Union eine erste Aussprache widmen.

Die Union ist der einzige Weg, den Europa gehen kann, wenn es die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern will, die sich auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten und Regionen auswirken. Wir müssen gemeinsam voranschreiten, vorzugsweise im gleichen Takt. Wenn nötig, mit unterschiedlichem Tempo. Aber stets alle in dieselbe Richtung.

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unser Ansatz ist einfach: Wir wollen Europa aus der Sicht seiner Gebietskörperschaften – mit den Europäerinnen und Europäern – gestalten.

Es wird kein Europa ohne die Europäerinnen und Europäer geben. Wir müssen mit ihnen zusammen an der Zukunft Europas arbeiten, da es sich um ihre Zukunft handelt.

Dabei müssen wir uns von zwei Grundsätzen leiten lassen: Wir müssen auf der richtigen Ebene tätig werden und wir müssen das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern der EU suchen.

Unser Ausschuss muss für die Kompetenz in Fragen der lokalen und regionalen Demokratie stehen, sei es bei der Dezentralisierung, beim Regieren in einem Mehrebenensystem oder bei der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips.

Bei dem ersten, für unser Handeln maßgeblichen Grundsatz geht es darum, die richtigen Entscheidungen auf der richtigen Ebene zu treffen.

Die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips ermöglicht es, die Zuständigkeiten auf der Ebene auszuüben, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist. Der AdR ist hierfür der Garant und er ist in diesem Bereich auch besonders aktiv. Vor zehn Jahren haben wir das Netz für Subsidiaritätskontrolle eingerichtet, an dem eine Vielzahl der Regionalparlamente der Europäischen Union mitwirkt. Am kommenden 4. Dezember veranstalten wir gemeinsam mit dem österreichischen Bundesrat die 8. Subsidiaritätskonferenz.

Die Rolle und das Fachwissen der Gebietskörperschaften sind wertvoll und müssen entsprechend eingesetzt werden. Deshalb habe ich beim Präsidenten und beim Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission darauf gedrungen, dass der Europäische Ausschuss der Regionen der Arbeitsgruppe Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit angehört, die von der Kommission eingerichtet wird.

Der zweite Grundsatz, der für unser Handeln gelten muss, ist der Dialog mit den Europäerinnen und Europäern. Seit März 2016 haben wir mehr als 140 Bürgergespräche in 95 Regionen der EU organisiert, an denen sich unsere Mitglieder aktiv beteiligt haben.

Wir müssen auch die Debatten in unseren lokalen und regionalen Versammlungen intensivieren, da die Stimme der Mandatsträger einen wertvollen Beitrag zur Zukunft Europas leistet.

Es ist sehr gut, dass insbesondere die Kommission, das Parlament, und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sich ebenfalls an den Debatten vor Ort beteiligen. Ob man sie nun „Bürgergespräch“ oder „Demokratie-Konvent“ nennt – wir müssen zusammenarbeiten, damit die Union in unmittelbarem Kontakt mit den Europäerinnen und Europäern ist.

Ich bin überzeugt, dass, wenn wir uns den Erwartungen der Bürger stellen, die Angst vor Europa der Begeisterung für Europa weichen wird.

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die physische, soziale und ökologische Sicherheit der Europäerinnen und Europäer muss gewährleistet werden.

Europa muss seinen Bürgerinnen und Bürgern Freiheiten garantieren und Schutz bieten.

Die Sicherheit von Leib und Leben ist für das Wohlergehen der EU-Bürger von grundlegender Bedeutung. Die Tragödien, die sich in einer Reihe europäischer Städte und Länder abgespielt haben, machen uns dies schmerzhaft bewusst.

Sicherheit muss es jedoch auch in sozialer Hinsicht geben. Nach wie vor gibt es enorme wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen den Europäerinnen und Europäern. So lebt über ein Fünftel der Bevölkerung in einem armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Haushalt.

Die Europäerinnen und Europäer brauchen ein robustes Sozialmodell, das alle schützt. Lassen Sie uns niemals vergessen, dass Europa auf dem Versprechen sozialen Fortschritts gegründet ist. Hierum geht es auf dem Sozialgipfel im schwedischen Göteborg am 17. November, an dem der AdR teilnehmen wird. Morgen werden wir eine Stellungnahme verabschieden, in der wir unsere Vision eines sozialen Europas darlegen und damit der Europäischen Kommission antworten und eine Botschaft an die Teilnehmer des Sozialgipfels richten.

Zur Sicherheit der Europäerinnen und Europäer gehört außerdem der Schutz der Umwelt und der Artenvielfalt. Auch in diesem Bereich sind die Gebietskörperschaften maßgebliche Akteure, so wie die US-amerikanischen Staaten und Städte, als sie mutig beschlossen, die Pariser Ziele trotz der verantwortungslosen Haltung von Präsident Trump umzusetzen. Die Bekämpfung des Klimawandels ist auch unsere Priorität. Gerade erst haben wir Partnerschaften mit dem europäischen Netz der Klima-Allianz wie auch mit dem internationalen ICLEI-Netz besiegelt. Und wir werden an der COP23 in Bonn teilnehmen, ebenso wie am globalen Bürgermeisterkonvent für Klimaschutz und Energie.

Ja, Europa ist stärker, wenn es seine Bürger schützt.

Das ist auch der Fall bei der Bewältigung von Naturkatastrophen. Der AdR hat dies erneut dieses Jahr vor Ort in den Erdbebengebieten in Mittelitalien, in Umbrien, in Latium, in den Abruzzen und in den Marken gesehen, für die die Union dringend benötigte Mittel bereitgestellt hat.

Herr Präsident,

werte Kolleginnen und Kollegen!

Europa braucht ehrgeizige Ziele. Europa braucht dafür die Mittel.

In den kommenden Monaten werden die EU-Institutionen den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen aushandeln und über die der Europäischen Union zuzuweisenden Mittel entscheiden, die derzeit in höchstem Maße unzureichend sind. Das ehrgeizige Ziele für Europa lautet, 510 Millionen EU-Bürger zu unterstützen, und dafür müssen beträchtliche Mittel veranschlagt werden, wenn wir glaubwürdig sein wollen, wie es die hochrangige Gruppe „Eigenmittel“ empfohlen hat.

Wir legen besonderes Augenmerk auf die Zukunft der Kohäsionspolitik, die im Rat am 15. November auf der Tagesordnung steht. Unser Kollege Michael Schneider hat in seiner im Mai verabschiedeten Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die Kohäsionspolitik ein entscheidender Solidarbeitrag zur Stärkung der Europäischen Union und das notwendige Gegengewicht zu den Binnenmarktvorschriften ist. Die Zukunft der Kohäsionspolitik und die Zukunft Europas sind eng miteinander verknüpft.

Die Kommission hat gestern erst unterstrichen, dass im Haushaltszeitraum 2014-2020 mit dieser Politik 7,4 Millionen Europäer bei der Suche nach einer Beschäftigung unterstützt werden sollen. Zudem soll 8,9 Millionen Menschen die Erlangung einer Qualifikation ermöglicht und Millionen Haushalten der Zugang zu Trinkwasser und zum Internet erleichtert werden, und es sollen 1,1 Millionen mittelständische Unternehmen gefördert, Forschungsprojekte bezuschusst sowie Tausende Kilometer Straßen und Eisenbahngleise in einen besseren Zustand versetzt und vieles andere mehr erreicht werden. Wer könnte verstehen, auf eine Politik zu verzichten, mit der die Menschen in der EU so wirksam unterstützt werden?

Unsere Bürgerinnen und Bürger wissen Bescheid. Mehr als drei von vier Europäern, die die Regionalpolitik kennen, sind der Ansicht, dass sich die Regionalinvestitionen der Europäischen Union positiv auf ihre Stadt bzw. ihre Region auswirken. Die Kohäsionspolitik ist ein Element des Vertrauens in die EU.

Leider kann die Aussicht auf eine fragmentierte und im Umfang geschmälerete Kohäsionspolitik im nächsten Haushaltsrahmen der EU nicht ausgeschlossen werden. Die Auswirkungen des Brexits auf die Haushaltsmittel der Union, die Bestrebungen, Konditionalitäten aller Art für die Kohäsion einzuführen, die Tendenzen einer Infragestellung der Solidarität zwischen den Staaten und Regionen – all dies sind alarmierende Warnzeichen.

Wir haben uns mit fünf europäischen Vereinigungen regionaler und lokaler Gebietskörperschaften in der Allianz für die Kohäsionspolitik zusammengeschlossen, um diesen Politikbereich auch in Zukunft zu bewahren. Wir haben zwei Forderungen an den Rat: die Gewährleistung einer starken Kohäsionspolitik,

Die Lage der Europäischen Union: die Perspektive der Regionen und Städte

bei der alle Regionen einbezogen werden, und die Bereitstellung von Mitteln, die mindestens einem Drittel des EU-Haushalts entsprechen, wie es derzeit der Fall ist.

Ich möchte noch von einer weiteren Herausforderung sprechen, die uns am Herzen liegt: die Handlungsfähigkeit und die Investitionskapazitäten der Gebietskörperschaften.

Die Sichtweise derjenigen, die uns auf nationaler und europäischer Ebene regieren, hat sich in positiver Weise verändert. Es wird heute mehr und mehr darüber gesprochen, dass Haushaltsspielräume freigesetzt werden müssen, dass unser Sozialmodell zu verteidigen ist, insbesondere in den Handelsverhandlungen, und darüber, wie wichtig Investitionen sind, einschließlich der Investitionen der öffentlichen Hand. Nun müssen den Worten Taten folgen.

Die Europäische Union hat wegen ihrer alternden Infrastruktur und den unzureichenden Investitionen einen Wettbewerbsnachteil. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat unmittelbar einen Rückgang der Investitionen um 15 % bewirkt.

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften tun alles in ihren Kräften Stehende, um ein Zusammenbrechen der öffentlichen Investitionen zu vermeiden, für die sie über die Hälfte der Finanzmittel beisteuern. Aber – und das wird unterstrichen in einer jüngst verabschiedeten Stellungnahme des AdR, die unser Kollege Markku Markkula erarbeitet hat – wegen der Zwänge der Haushalts- und Rechnungsführungsvorschriften der EU ist es häufig immer noch schwierig, wenn nicht gar unmöglich, die öffentlichen Investitionen in vollem Umfang anzukurbeln.

So wie es bei der Förderung privater Investitionen gemacht wurde, ist es höchste Zeit, auch den öffentlichen Investitionskapazitäten auf lokaler und regionaler Ebene freie Hand zu lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

abschließend möchte ich erneut in unser aller Namen dem Ratspräsidenten danken, dass er seine Wertschätzung für die Städte und Regionen als wesentliche Akteure auf europäischer Ebene zum Ausdruck bringt. Wir werden Ihnen im kommenden Jahr die Stellungnahme über die Zukunft Europas, um die Sie uns ersucht haben, übergeben. In unsere künftige Debatte über die Lage der Union werden auch sämtliche Beiträge aus den Arbeiten einfließen, die wir im Rahmen der Initiative „Nachdenken über Europa“ durchgeführt haben. Auf dem Weg zum Gipfeltreffen der Städte und Regionen 2019 wird dies ein wichtiger Schritt unserer Arbeiten zur Zukunft der Union sein.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

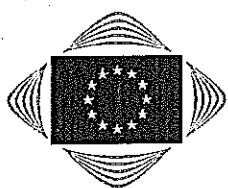
Die Geschichte Europas besteht aus großen Erfolgen und zuweilen auch aus Hindernissen, die es zu überwinden galt. Wir müssen die Ärmel hochkrempeln, um selbstbewusst unser gemeinsames Schicksal weiter zu gestalten. Es ist jetzt Zeit zu handeln.

Herr Präsident, die europäischen Gebietskörperschaften stehen entschlossen an Ihrer Seite, um gemeinsam die Errungenschaften der Europäischen Union zu verteidigen, deren Handlungsfähigkeit zu verbessern und die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger Europas zu gestalten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Endnoten

- 1 <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/25-rome-declaration/>
- 2 <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/02/10-tusk-address-cor/>
- 3 <http://cor.europa.eu/de/activities/opinions/Pages/opinion-factsheet.aspx?OpinionNumber=CDR 1814/2016>
- 4 Siebter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt., Europäische Kommission, 9. Oktober 2017.
- 5 http://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/news/2017/06/29-06-2017-citizens-perception-of-eu-regional-policy-on-the-rise-latest-eurobarometer-shows
- 6 <http://cor.europa.eu/de/news/Pages/eu-cities-and-regions-determined-to-tackle-the-investment-challenge.aspx>



Europäischer Ausschuss der Regionen

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) wurde 1994 mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht errichtet und ist eine Versammlung von 350 Regional- und Kommunalvertretern aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten, die mehr als 507 Millionen EU-Bürger vertritt. Seine Aufgabe ist es, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die von ihnen vertretene Bevölkerung in den Entscheidungsprozess der Union einzubeziehen und sie über die Gemeinschaftspolitik zu informieren. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat sind verpflichtet, den AdR in den für die Städte und Regionen relevanten Politikbereichen anzuhören. Der AdR kann den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen, wenn seine Rechte verletzt wurden oder wenn er der Auffassung ist, dass eine EU-Rechtsvorschrift gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt bzw. dass regionale oder lokale Kompetenzen missachtet werden.

Herausgegeben von der Direktion Kommunikation, des Europäischen Ausschusses der Regionen

Oktober 2017

Rue Belliard/Belliardstraat 101 | 1040 Bruxelles/Brüssel | BELGIQUE/BELGIË | Tel. +32 22822211
www.cor.europa.eu | @EU_CoR | /european.committee.of.the.regions | /european-committee-of-the-regions

